

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Boss, Alfred; Petrovic, Milenko

Working Paper

Die Systeme der öffentlichen Finanzen in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen: Bundesrepublik Deutschland, DDR und Jugoslawien

Kiel Working Papers, No. 428

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Boss, Alfred; Petrovic, Milenko (1990) : Die Systeme der öffentlichen Finanzen in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen: Bundesrepublik Deutschland, DDR und Jugoslawien, Kiel Working Papers, No. 428, <http://hdl.handle.net/10419/552>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Kieler Arbeitspapiere

Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 428

Die Systeme der öffentlichen Finanzen
in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschafts-
ordnungen: Bundesrepublik Deutschland,
DDR und Jugoslawien

von

Alfred Boss und Milenko Petrović

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342-0787

Institut für Weltwirtschaft
2300 Kiel, Düsternbrooker Weg 120

Arbeitspapier Nr. 428

Die Systeme der öffentlichen Finanzen
in Ländern mit unterschiedlichen Wirtschafts-
ordnungen: Bundesrepublik Deutschland,
DDR und Jugoslawien

von

Alfred Boss und Milenko Petrović

AG 2553 / 90 *jk*
Weltwirtschaft
Kiel

Juni 1990

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

Die Systeme der öffentlichen Finanzen in Ländern
mit unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen:
Bundesrepublik Deutschland, DDR und Jugoslawien

von Alfred Boss und Milenko Petrović*

In jedem Wirtschaftssystem bestimmt die Rolle, die der Staat bei der Allokation der Ressourcen und der Distribution der Einkommen übernimmt, die Aufgaben der öffentlichen Haushalte und das Abgabesystem. Diese Rolle ist in jedem System verschieden. Dieser Beitrag befaßt sich mit den öffentlichen Ausgaben und den Steuersystemen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Jugoslawiens.

Die Lenkungsrolle des Staates ist bzw. war trotz einiger Ähnlichkeiten¹ in diesen drei Ländern ganz verschieden. Die Gründe dafür liegen vor allem in den politisch-theoretischen Voraussetzungen über die Position, die der Staat in der Wirtschaftsordnung haben soll. Während das Konzept der "Sozialen Marktwirtschaft" in der Bundesrepublik Deutschland von einer annähernd gleichen "Verantwortung" des Marktes und des Staates für das Funktionieren des Systems ausgeht², steht im "sozialisi-

* Dieses Arbeitspapier basiert auf den Ergebnissen der Habilitationsschrift des Herrn Milenko Petrović zum Thema "Die Rolle des modernen Staates bei der Aufstellung und Durchführung von Wirtschaftsentwicklungszielen - am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR". Alfred Boss hat bei der Konzeption der Arbeit und bei der Formulierung der Ergebnisse mitgewirkt.

¹ Diese Ähnlichkeiten kann man in der grundlegenden Idee sehen, daß die staatliche Regulierung die Verwirklichung der Hauptentwicklungsziele der Wirtschaft (und damit der Gesellschaft) erleichtern soll. Diese Ziele sind: Vollbeschäftigung, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum (vgl. "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft", Parteiprogramm der SED, "Verfassung der DDR", "Das Gesetz über Assoziierte Arbeit").

² Obwohl man in der ordnungspolitischen Diskussion verschiedene Auffassungen (vgl. z.B. Lampert und Bossert 1987, Gutowski und Merklein 1985) über die Grenzen zwischen dem durch staatliche Interventionen gekennzeichneten Bereich und dem "freien Markt" findet, stimmen sie alle darin überein, daß der Staat für das "Soziale" (Verteilungsgerechtigkeit) und der Markt für die Effizienz der Allokation zuständig ist. Die Entwicklung in den letzten 35 Jahren entspricht - trotz wesentlicher allokativer Kompetenzen des Staates (vgl. Donges und Schatz 1986, Busch u.a. 1986) - im großen und ganzen dieser Rollenverteilung.

stischen" Konzept der DDR das totale Monopol des Staates sowohl bei den distributiven als auch bei den allokativen Prozessen im Vordergrund. Das jugoslawische Konzept geht von einer dritten Vorstellung aus: Markt und Wettbewerb sollen über die Allokation, die Vereinigungen der Produzenten und Konsumenten, die sog. "selbstverwaltenden Interessengemeinschaften", über die Distribution entscheiden. In diesem System gibt es (theoretisch) keinen Platz für wirtschaftliche oder soziale Interventionen des Staates. Die unterschiedlichen Konzeptionen spiegeln sich in der Größe des Staatshaushalts (im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt des Landes), in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und in den konkreten Einnahmeergebnissen wider.

A. Die unterschiedlichen Aufgaben des Staatshaushalts in den drei Ländern

Die unterschiedliche Rolle des Staates in den Wirtschaftssystemen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Jugoslawiens ist nicht nur der Grund für die differierenden Aufgaben des Staatshaushalts, sondern auch für dessen jeweils unterschiedlichen Umfang. Dieser ergibt sich teilweise aber auch aus den verschiedenen politischen Staatsordnungen (föderative Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und in Jugoslawien bzw. zentralistische Ordnung in der DDR). Während der Staatshaushalt in der Bundesrepublik Deutschland die Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung umfaßt, ist er in der DDR einheitlich. In Jugoslawien ist der Staatshaushalt getrennt in Bundes-, Länder- und Gemeindehaushalte; der Haushalt der Sozialversicherung steht in keiner Verbindung zu dem Staatshaushalt, weil er in die Kompetenz der sog. "selbstverwaltenden Interessengemeinschaften" fällt.

Die verschiedenen Methodologien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Jugoslawien üblich sind, machen zwar einen Vergleich der Anteile des Staatshaushalts an der Hauptkennziffer des gesamten

volkswirtschaftlichen Produkts praktisch unmöglich,³ aufgrund der verschiedenen Voraussetzungen über die Rolle des Staates (und damit auch des Staatshaushalts) in den drei Systemen und aufgrund der amtlichen statistischen Daten kann man aber vermuten, daß der Anteil der Einnahmen und Ausgaben des Staates am gesamten volkswirtschaftlichen Produkt (in der gleichen Hauptkennziffer ausgedrückt) in der DDR viel höher, in Jugoslawien aber niedriger als in der Bundesrepublik Deutschland ist.

1. Bundesrepublik Deutschland

Obwohl sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland seit Herbst 1982 (nach ihrem eigenen Urteil) hin zu einer "starken" Beschränkung der staatlichen Ausgaben "durch strenge Ausgaben- disziplin" ("Der Finanzplan des Bundes 1989 bis 1993", S. 7) orientiert hatte, wurden die Ausgaben des Staates⁴ im Vergleich zum Bruttosozialprodukt des Landes nicht "stark" verringert. Die Staatsquote sank von 49,8 vH im Jahre 1982 auf 46,7 vH im Jahre 1988, die Relation der Bundesausgaben zum Bruttosozial- produkt nahm von 16,8 auf 15,2 vH ab. Den Grund für diese "schwache" Senkung der Staatsausgaben kann man zum einen in der Tatsache sehen, daß man die im Laufe von Jahrzehnten im System festgelegten zahlreichen Aufgaben des Staates nicht in wenigen Jahren einfach abbauen kann. Zum anderen war die Regierungs-

³ Seit 1953 wendet das Statistische Bundesamt der Bundesrepu- blik Deutschland das von den Vereinten Nationen empfohlene System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (System of National Accounts) an. In diesem System ist die Hauptkenn- ziffer das Bruttoinlandsprodukt (Gross Domestic Product). Ausgehend von der Arbeitswertlehre von Karl Marx wird in der DDR und Jugoslawien ein Material-Produkt-Konzept angewendet, in dem die Hauptkennziffer das Sozialprodukt der produzie- renden Bereiche (bzw. Nationaleinkommen) ist. Dabei werden nur solche Leistungen als wertschöpfend angesehen, die sich in der Produktion und Verteilung materieller Produkte reali- sieren. Jeder Vergleich bleibt mehr oder weniger problema- tisch (vgl. hierzu "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation...", S. 479-480.)

⁴ Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamt- rechnungen, Arbeitsunterlage, März 1990.

politik nicht konsequent; dazu hat unzureichender Mut, die proklamierte Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, beizutragen.

Die Entwicklung der Struktur der Staatsausgaben in der Bundesrepublik spricht für diese Einschätzung. Die größten Veränderungen in der Struktur gab es von 1982 bis 1988 bei den "Sozialen Leistungen", deren Anteil um 1,4 Prozentpunkte verringert wurde (Tabelle 1). Die Anteile der "Vermögensübertragungen" und

Tabelle 1 - Ausgaben des gesamten Sektors "Staat" in der Bundesrepublik Deutschland nach Ausgabenarten - % der gesamten Ausgaben

Jahr	Aufwendungen für den Staatsverbrauch	Insgesamt	Übertragungen			Zinsen auf öffentliche Schulden	Bruttoinvestitionen	
			Subventionen	Sonstige laufende Übertragungen	Vermögensübertragungen			
1982	41,0	47,8	3,7	4,1	3,9	36,1	5,5	5,7
1983	41,2	47,6	3,9	4,2	3,8	35,6	6,1	5,1
1984	41,3	47,6	4,3	4,6	4,0	34,7	6,2	4,9
1985	41,8	47,1	4,3	4,5	3,8	34,4	6,3	4,9
1986	42,0	46,6	4,5	4,4	3,4	34,3	6,3	5,1
1987	41,8	47,0	4,7	4,4	3,3	34,6	6,1	5,0
1988	41,5	47,4	4,8	4,8	3,1	34,7	6,0	5,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Der Staat in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, 1950 bis 1988.

der "Bruttoinvestitionen" sanken um 0,8 bzw. 0,7 Punkte. Der Anteil der anderen Ausgabenarten nahm zu. Die Steigerung des Anteils der "Sonstigen laufenden Übertragungen" (um 0,7 Punkte) und besonders des Anteils der Subventionen (um 1,1 Prozentpunkte) bestätigt die obige Einschätzung der Wirtschaftspolitik. Der Staat hat seine Interventionen, die rein distributiv motiviert sind ("soziale Leistungen"), etwas vermindert und die

allokativ motivierten Interventionen⁵ (ohne die Investitionen), also Subventionen, Vermögensübertragungen und Teile der "sonstigen laufenden Übertragungen" zusammengenommen, erhöht.

Immer noch wird in der Bundesrepublik mehr als ein Drittel der gesamten Staatsausgaben für soziale Leistungen verwendet, für die wirtschaftlichen Interventionen des Staates etwas weniger als 15 vH.⁶ Damit bestätigt sich die hauptsächliche Orientierung des Staates an dem Ziel, die Verteilungsgerechtigkeit zu sichern. Zu berücksichtigen ist, daß der Anteil von 15 vH für die allokativ motivierten Staatsinterventionen nur statistisch gering ist.⁷ Man kann aber doch sagen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Markt die Hauptrolle bei der Allokation der Ressourcen spielt.

Hauptträger der Interventionen des Staates ist der Bund. Das gilt sowohl für die distributiven als auch für die allokativen Interventionen. Die Tatsache, daß der Sektor "Sozialversicherung" die meisten distributiven Interventionen durchführt, widerspricht dem nicht, weil die Umverteilung über diesen Sektor vor allem durch Gesetze des Bundes festgelegt wird. Die führende Rolle des Bundes ist noch deutlicher bei den überwiegend allokativ motivierten Arten von Staatsausgaben. Von 48,0

⁵ Die Unterscheidung zwischen allokativen und distributiven Interventionen wird in dieser Arbeit benutzt, um die direkten Einflüsse des Staates auf die Aufteilung (Allokation) der volkswirtschaftlichen Ressourcen, die der Markt verrichtet, von denjenigen staatlichen Einflüssen zu trennen, die indirekt wirken und vor allem distributiv motiviert sind. Grundsätzlich ist aber jede Intervention des Staates sowohl allokativ als auch distributiv bedeutsam. Wenn der Staat Teile des Bruttosozialprodukts umverteilt, schafft er damit nicht nur ganz allgemein soziale Sicherheit der Bevölkerung, sondern übt auch einen Einfluß auf die Märkte für zahlreiche Güter und Leistungen aus.

⁶ Eingerechnet dabei sind auch die Investitionen und Teile der "Sonstigen laufenden Übertragungen".

⁷ Nach Schätzungen ist der Bereich der Wirtschaft, in dem - gemessen an der Wertschöpfung - der Wettbewerb beschränkt ist, deutlich größer (vgl. Donges und Schatz, 1986; Busch und andere 1986).

Mrd. DM, die der (gesamte) Staat 1988 für die Subventionen an Unternehmen ausgegeben hat, waren 34,3 Mrd. DM (71,5 vH) Subventionen des Bundes. Ähnliche Anteile hatten die Ausgaben des Bundes bei den Vermögensübertragungen (71,5) und bei den "sonstigen laufenden Übertragungen" (77,1). Nur bei den Investitionen war die Rolle des Bundes ziemlich gering (12,9 vH). Wenn man aber in Betracht zieht, daß rund ein Viertel der gesamten Bundesausgaben Übertragungen an andere staatliche Ebenen waren und daß - umgekehrt - die Übertragungen von anderen staatlichen Ebenen an den Bund praktisch ohne Bedeutung waren, dann wird klar, daß der große Anteil der Gemeinden an den staatlichen Investitionen (63,5 vH) damit zusammenhängt, daß Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden.⁸

2. DDR

In der DDR ist der Staatshaushalt einheitlich und zentralistisch für das ganze Territorium. Da im Wirtschaftssystem dieses Landes weder rechtlich noch ökonomisch Souveränität der Unternehmen und der unteren Territorialebenen existiert, umfaßt die Funktion des Staatshaushalts nicht nur die Einkommensumverteilung, sondern auch die Aufteilung der Ressourcen auf die volkswirtschaftlichen Sektoren und Regionen. Die alloкатive Funktion ist damit ebenso wichtig wie die Verteilungsfunktion.

Die Darstellung der Entwicklung der Staatsausgabenstruktur für die DDR ist sehr schwierig, weil die Daten für die einzelnen Jahre nicht immer vergleichbar sind.⁹ Die Daten in Tabelle 2 sollen aber vergleichbar sein.

⁸ Die Einnahmen der Gemeinden von den anderen Staatsebenen betragen 1988 53,4 Mrd., die Übertragungen von Gemeinden an andere Staatsebenen nur 4,8 Mrd. DM.

⁹ Die Methodologie der Erfassung der Daten wurde häufig verändert. Bis 1986 konnte man überhaupt nicht ermitteln, wie groß die staatlichen Übertragungen an die Kombinate, Betriebe und Genossenschaften gewesen sind, weil diese nur teilweise veröffentlicht wurden. Danach blieben die Probleme: im Statistischen Jahrbuch 1980 steht z.B., daß die

Tabelle 2 - Staatsausgaben in der DDR nach Ausgabenarten - VII

Jahr	Aufwendungen für den Staats- verbrauch	Übertragungen*				Staatliche Investitionen
		an Unter- nehmen	Preis- stützungen	Soziale Leistungen	für die Wohnungsbau- und Wohnungswirt- schaft	
1980	14,8	35,4	10,5	24,5	10,8	4,4
1985	11,9	35,7	17,3	19,3	11,6	4,2
1987	9,9	36,4	19,0	19,4	11,2	4,1
1988	7,2	38,5	18,5	19,5	11,2	4,9

* Als Übertragungen an Unternehmen werden die Ausgaben "...für die Finanzierung wissenschaftlich-technischer Aufgaben von Investitionsvorhaben, produktgebundene Preisstützungen für Produktionsmittel sowie für andere produktionsfördernde Maßnahmen", die aus dem Staatshaushalt an "volkseigene Kombinate, Betriebe und landwirtschaftliche Genossenschaften" distribuiert worden sind, gezählt. Die Ausgaben "für die Wohnungsbau- und Wohnungswirtschaft" umfassen alle Mittel aus dem Staatshaushalt, die für den Neubau und für die laufende Erhaltung der Wohnungen ausgegeben wurden. Als "Preisstützungen" werden die Ausgaben "...für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistungen für die Bevölkerung (Lebensmittel, Industriewaren des Bevölkerungsbedarfs, Fahrpreise im Personenfern- und -nahverkehr, Trinkwasser und Gebühren für Abwasserbehandlung, Reparaturen und Dienstleistungen)" erfaßt (alle Zitate aus dem "Statistischen Jahrbuch der DDR 1989", S. 264-269). - Eigene Berechnungen.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1989.

Obwohl einige Unterschiede zwischen den Ausgabenstrukturen in der DDR (Tabelle 2) und der Bundesrepublik Deutschland (Tabelle 1) durch die verschiedene statistische Erfassung bedingt sind¹⁰, resultieren die Hauptunterschiede aus den unterschiedlichen Voraussetzungen über die Rolle des Staates bzw. des Staatshaushalts. So besteht der größte Unterschied bei den Übertragungen an Unternehmen ("Subventionen", "Vermögensübertragungen" und teilweise "Sonstige laufende Übertragungen" sind

staatlichen Übertragungen an die landwirtschaftlichen Kombinate, Betriebe und Genossenschaften im Jahre 1980 11 809,9 Millionen Mark und 1985 7 951 Millionen betragen. Für dieselben Jahre findet man im Jahrbuch 1989 die Zahlen: 12 108,2 und 11 269,9.

¹⁰ Dies betrifft die Aufteilung auf die Aufwendungen für den Staatsverbrauch (Verteidigung, Innere Sicherheit, Verbrauch der politischen Institutionen) und andere Ausgabenarten (vor allem die "Übertragungen an Unternehmen").

die vergleichbare Größe für die Bundesrepublik), weil die DDR-Unternehmen über keine Selbständigkeit verfügen und deswegen für ihre laufende Produktion öffentliche Mittel brauchen. Der Unterschied bei den Ausgaben für die "sozialen Leistungen" ist nicht so groß, wie man auf den ersten Blick aus den Daten schließen könnte, weil für die DDR die Ausgaben für die "Preisstützungen" (und teilweise auch die Wohnungsmittel) als soziale Ausgaben hinzugerechnet werden müssen. Insgesamt resultiert ein Anteil der sozialen Ausgaben an den gesamten Ausgaben des Staates, der in der DDR zwar größer, aber nicht wesentlich größer als in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Die starke Veränderung der Ausgabenstruktur in der DDR im letzten Jahrzehnt zeugt zweifellos von der Senkung der Wirtschaftseffizienz in diesem Land. Trotz der Behauptungen der Staats- und Parteiführung, daß "ein stabiles Wachstum wirtschaftlicher Leistungen, eine ständig steigende Produktivität und Qualität für den Sozialismus unverzichtbar sind" (Direktive des XI. Parteitages der SED, 1986, S. 16) und daß der letzte (1986-1990) fünfjährige Volkswirtschaftsplan "...auf dem Wege der umfassenden Intensivierung das Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität als grundlegende Aufgabe der ökonomischen Strategie (und) die Erhöhung des produzierten Nationaleinkommens weiter beschleunigt", stiegen unter allen staatlichen Ausgaben die Ausgaben für Preisstützungen bei den für die Existenz wichtigen Waren und Dienstleistungen am meisten. Eine Wirtschaft, die eine "ständig steigende Produktivität und Qualität" hervorbringt, brauchte solche Staatsausgaben nicht, besonders nicht in Höhe von rd. 20 vH der gesamten Ausgaben.

3. Jugoslawien

In Jugoslawien haben die Gebietskörperschaften infolge der fehlenden Zuständigkeit des Staates für die soziale Versorgung der Bevölkerung theoretisch nur einen engen Raum für ihre interventionistische Tätigkeit. Dieser Raum wird noch enger durch das jugoslawische Verständnis des Begriffs "Dezentralismus". Dieses Verständnis (Kardelj, Ustav SFRJ, Gesetz über Assoziierte Ar-

beit) weist den kleinen (wirtschaftlichen und staatlichen) Einheiten die primäre Bedeutung in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu. Nach diesem Verständnis sollte ein Unternehmen in seiner Tätigkeit ganz unabhängig von irgendwelchen Einflüssen außermärklicher Faktoren (Staats- und Parteimacht vor allem) sein. Fast im gleichen Sinn sollten auch die unteren Ebenen der Staatsverwaltung (Republiken, Provinzen und Gemeinden) von den übergeordneten Ebenen unabhängig sein. Mit diesen Elementen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung wollte man in Jugoslawien die volle ökonomische und politische Souveränität jeder einzelnen Person schaffen. Diese Vorstellung stand im Gegensatz zu den anderen Hauptprämissen der inneren Verfassungsordnung, vor allem zu der "überwiegenden Bedeutung des gesellschaftlichen Eigentums" und zu der "führenden Rolle der kommunistischen Partei". Wenn sich in einem System mehr als 90 vH aller Unternehmen in "gesellschaftlichem" Eigentum befinden und wenn die Berufstätigen in den Unternehmen "das Recht haben, mit den gesellschaftlichen Mitteln (bzw. Produktionsressourcen - M.P.) zu arbeiten ... mit diesen Mitteln zur Befriedigung ihrer persönlichen und der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu arbeiten und frei und gleichberechtigt ... die Arbeitsbedingungen und die Resultate (die auf dem Markt realisiert werden sollen - M.P.) ihrer Arbeit zu verwalten" (Gesetz über Assoziierte Arbeit, Art. 13), dann muß ein Konflikt zwischen den "persönlichen Bedürfnissen" (möglichst viel zu verdienen und als Lohn zu verteilen) und den "gesellschaftlichen Bedürfnissen" (möglichst viel zu akkumulieren) entstehen. Dieser Konflikt muß natürlich zugunsten der Gesellschaft entschieden sein, und alle Verantwortung dafür hat die führende und einzige Partei. Der theoretisch festgesetzte "gesellschaftliche" Dezentralismus bzw. "selbstverwaltende marktwirtschaftliche Sozialismus" kann nur dann funktionieren, wenn die Unternehmen gute Ergebnisse erzielen. Wenn sie Verluste erleiden, dann tritt die Gesellschaft (bzw. der Staat und die Partei) ein, um den Untergang ihres ("gesellschaftlichen") Eigentums zu verhindern. Diese "gesellschaftlichen" Interventionen führten in Jugoslawien nur die unteren Ebenen der Partei- und Staats-

macht (bis zur Republik) durch. Da diese Interventionen nicht ganz legitim sind (nur die Berufstätigen in einzelnen Unternehmen sind theoretisch verantwortlich für ihre Tätigkeit), kann man nicht klar ihre "Spuren" in den Haushalten der Gebietskörperschaften finden.¹¹ Allerdings erscheinen in der Staatsausgabenpolitik dieses Landes drei Tendenzen als bedeutsam:

1. Der Anteil der Ausgaben der einzelnen Gebietskörperschaften am Bruttosozialprodukt (der produzierenden Bereiche) ist

Tabelle 3 - Der Anteil der Ausgaben der einzelnen Gebietskörperschaften am Bruttosozialprodukt (der produzierenden Bereiche) in Jugoslawien - vH

Jahr	Insgesamt	Bund	Republiken und Provinzen	Gemeinde, Gemeindebündnisse und Städte
1980	18,4	8,6	6,7	3,1
1982	15,3	6,8	5,9	2,6
1984	13,0	6,2	4,7	2,1
1986	13,3	6,2	4,8	2,3
1987	11,8	6,1	3,5	2,2
1988	10,0	5,2	3,1	1,7

Quelle: Statisticki Godisnjak SFR Jugoslavije. - Eigene Berechnungen.

¹¹ Je größer ein Unternehmen ist, desto enger ist es mit der Partei- und Staatsverwaltung seiner Republik (bzw. Provinz) verbunden. Die "Sanierung" eines Unternehmens, das Verluste hat, läuft in der Regel so:

1. Der Direktor des Unternehmens, der normalerweise gleichzeitig ein Mitglied der Partei ZK in seiner Republik (mindestens in seiner Gemeinde) ist, ruft den Direktor der für sein Unternehmen zuständigen Bank an.
2. Der Direktor dieser Bank, der auch ein Mitglied des gleichen Komitees ist, besorgt den notwendigen Kredit (der in der Regel immer wieder verlängert wird), wenn diese Bank kreditwürdig ist.
3. Wenn diese Bank nicht kreditwürdig ist, wendet sich ihr Direktor an die Zentralbank der Republik (jede Republik in Jugoslawien hat ihre Zentralbank). Wenn diese Zentralbank auch nicht kreditwürdig ist, wendet er sich an die jugoslawische Zentralbank, die die notwendigen finanziellen Mittel besorgt (bzw. druckt).

Diese Praktiken sind der Hauptgrund für die jugoslawische Inflation und für die Ineffizienz der Wirtschaft.

gering¹²; er ist im Laufe der Jahre immer kleiner geworden (Tabelle 3).

2. Fast zwei Drittel dieser Ausgaben waren 1988 "Aufwendungen für den Staatsverbrauch", die fast nur die Ausgaben für die Staatsverwaltung und Verteidigung umfassen (Tabelle 4).
3. Mehr als zwei Drittel (1988: 69 vH) der Bundesausgaben machen die Ausgaben für die Verteidigung aus. Die Träger der staatlichen wirtschaftlichen Interventionen ("Übertragungen an Unternehmen", "Investitionen" - Tabelle 4), sofern man davon in Jugoslawien angesichts der so geringen finanziellen Mittel überhaupt sprechen kann, sind damit die Republiken, Provinzen und Gemeinden.

Der Anteil des umverteilten Sozialprodukts am gesamten Sozialprodukt des Landes ist viel größer, wenn man zu den Ausgaben der Gebietskörperschaften die Ausgaben der "selbstverwaltenden Interessengemeinschaften" rechnet. Dieser Anteil ist allerdings im Laufe der Zeit gesunken: von 40,4 vH im Jahre 1980 auf 33,3 vH 1988.¹³ Über die Interessengemeinschaften werden nicht nur die sozialen Leistungen, sondern auch die Bildung, die Wissenschaft, Kultur und Sport sowie die Investitionstätigkeit in einigen gewerblichen Wirtschaftsbereichen (Wasser- und Strom-

¹² Dieser Anteil war in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel 1980 32,8 vH und 1988 30,3 vH. Diese Anteile in den zwei Ländern sind natürlich nicht miteinander vergleichbar, weil das Bruttosozialprodukt in Jugoslawien anders als in der Bundesrepublik nicht die Wertschöpfung von Dienstleistungen umfaßt. Das bedeutet, daß der Unterschied zwischen den zwei Ländern noch größer ist, als die obengenannten Zahlen andeuten.

¹³ Maßgeblich für die relative Senkung der Staatsausgaben (sowie Staatseinnahmen) in Jugoslawien in den 80er Jahren waren zwei Entwicklungen:

1. Nach dem Tod Titos 1980, der praktisch mit seiner diktatorischen Macht ohne gesetzliche Regelungen auf der Bundesebene regieren konnte, wurden die dezentralistischen Tendenzen, die gesetzlich festgelegt sind, im Land gestärkt. Damit sind alle Arten von Übertragungen der Republiken und Provinzen an den Bundeshaushalt stark gesunken.
2. Durch die enorm hohe Inflationsrate (in den letzten zwei Jahren mehr als 1000 vH jährlich) wurden die Haushaltseinnahmen stark entwertet.

Tabelle 4 - Ausgaben der Gebietskörperschaften in Jugoslawien nach Ausgabenarten - vH der Gesamtausgaben

Jahr	Aufwendungen für den Staatsverbrauch				Obertragungen			Soziale Leistungen	Investitionen	Sonstige Ausgaben
	Insgesamt	Administrative Organe	Verteidigung	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport	an Unternehmen	an Bundeshaushalt ¹	Sonstige Obertragungen ²			
1980	50,6	21,4	27,2	2,0	6,8	15,0	7,0	13,8	3,6	3,2
Davon Bund	30,5	3,8	26,7	-	-	-	5,0	8,8	0,7	1,2
1981	49,0	20,8	26,5	1,7	8,1	18,9	6,0	12,5	2,4	3,1
Davon Bund	29,5	3,4	26,1	-	-	-	4,2	8,3	0,3	1,3
1982	49,9	21,9	26,7	1,3	6,1	17,4	7,4	14,3	1,7	3,2
Davon Bund	29,3	3,0	26,3	-	-	-	4,6	9,5	-	0,8
1983	49,2	20,6	27,4	1,2	5,9	17,6	7,1	15,4	3,1	1,7
Davon Bund	29,7	2,8	26,9	-	-	-	4,3	10,6	0,2	0,7
1984	52,4	20,8	30,4	1,2	5,8	15,8	6,7	14,6	2,7	2,0
Davon Bund	32,6	2,6	30,0	-	-	-	4,3	10,0	0,2	0,5
1985	54,1	20,9	32,1	1,1	5,2	16,9	6,3	12,5	2,4	3,5
Davon Bund	34,0	2,3	31,7	-	-	-	4,1	8,9	0,3	0,5
1986	57,2	22,8	33,4	1,0	5,2	17,4	3,5	11,8	3,0	1,9
Davon Bund	35,7	2,6	33,1	-	-	-	1,8	8,6	0,3	0,5
1987	60,2	24,9	34,3	1,0	4,3	11,0	5,3	14,6	2,7	1,9
Davon Bund	36,5	2,7	33,8	-	-	-	3,2	11,3	0,1	0,5
1988	63,8	26,7	35,9	1,2	5,2	9,1	4,9	12,3	2,7	2,0
Davon Bund	38,8	3,2	35,6	-	-	-	3,1	9,1	0,1	0,3

¹ Da der Bund neben den Zöllen und einen Teil der Umsatzsteuereinnahmen über keine eigenen Einnahmenquellen verfügt, wird er von jeder Republik und Provinz mit einem jährlichen Beitrag finanziert.

² Vor allem Beiträge von den entwickelten Republiken und der Provinz Vojvodina, die über den Bundeshaushalt oder direkt für Entwicklungsprojekte in den unterentwickelten Republiken und der Provinz Kosovo ausgegeben werden.

versorgung, Wohnungsbau, Straßen und ähnliches) finanziert. Auf diese Weise werden in Jugoslawien außer den sozialen Leistungen viele Tätigkeitsbereiche, die in den entwickelten Ländern aus ordentlichen Staatshaushalten finanziert werden, nach strengen Bindungsprinzipien finanziert; nur aus Beiträgen werden bestimmte Ausgaben getätigt. Dadurch wird die erforderliche Mittelmobilität gesenkt, was besonders das Finanzieren von neuen Investitionen erschwert und oft verhindert. Die gesetzlichen Grundlagen für die (praktische) Tätigkeit der Interessengemeinschaften stellen die Republiken und Provinzen fest.

Insgesamt ist in Jugoslawien die interventionistische Tätigkeit des Staates über Haushaltsausgaben sehr klein und auf die Republiken und Provinzen (oft auf die Gemeinden selbst) beschränkt. Im Bereich der Allokation gibt es fast keine Interventionen, und die Distribution wird vor allem von den Republiken bzw. Provinzen über (ihre) "selbstverwaltenden Interessengemeinschaften" kontrolliert. Das bedeutet freilich nicht, daß die Wirtschaft dieses Landes frei von "fremden" Einflüssen ist und deswegen gut funktioniert.

B. Die Steuersysteme im Vergleich

Die unterschiedlichen Funktionen des Staatshaushalts, die sich aus der unterschiedlichen Rolle des Staates bei der Lenkung der Wirtschaft (und Gesellschaft) in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Jugoslawien ergeben, bestimmen auch die Steuerordnungen dieser Länder. Dabei versteht man unter dem Begriff "Steuer" durchaus Verschiedenes. Während in der Bundesrepublik Deutschland und in Jugoslawien damit Zwangsabgaben gemeint sind, die nichtstaatliche juristische und natürliche Personen an den Staat (bzw. Gebietskörperschaften) zur Finanzierung der Staatsaufgaben zahlen und die aus Einnahmen, die auf dem Markt verdient werden, stammen, versteht man in der DDR unter den Steuern nur die Zahlungen der Genossenschaften, der privaten Unternehmen und der Bevölkerung an den Staatshaushalt. Die Abgaben der staatlichen Kombinate und Betriebe an den Staat wer-

den "...als Entnahmen aus dem eigenen Einkommen des Staates angesehen" (Materialien zum Bericht zur Lage der Nation..., S. 553). Da in der DDR die Produktion und die Einkommen der Unternehmen im Staatsplan festgelegt sind, sind die Abgaben, die die Unternehmen aus "ihren" Einkommen an den Staatshaushalt zahlen, eine Sache des Staatsplans. Das bedeutet, daß man über die Steuerordnung in der DDR nur bedingt debattieren kann.

Der Anteil der Steuern an den gesamten Einnahmen der öffentlichen Haushalte ist in der Bundesrepublik Deutschland fast doppelt so hoch wie in Jugoslawien und siebenmal größer als in der DDR (Tabelle 5). In der DDR sind die Abgaben der "volkseigenen" Kombinate und Betriebe die wichtigste Einnahmenkategorie des Staates; durch sie werden die Ausgaben für soziale Leistungen (ungefähr zur Hälfte) finanziert. Der Anteil der Steuereinnahmen ist in Jugoslawien anders als der Anteil der sozialen Bei-

Tabelle 5 - Einnahmen der öffentlichen Haushalte¹ in der Bundesrepublik Deutschland, Jugoslawien und der DDR nach Einnahmearten - vH der Gesamteinnahmen

Jahr	Land	Steuern	Soziale Beiträge	Andere Beiträge	Abgaben der Kombinate und Betriebe	Sonstige
1980	Bundesrepublik	56,1	36,6	-	-	7,3
	Jugoslawien	35,4	32,9	25,6	-	6,2
	DDR	8,4	13,5	-	75,4	2,7
1985	Bundesrepublik	53,8	37,5	-	-	8,7
	Jugoslawien	32,7	35,4	26,1	-	5,8
	DDR	7,5	10,8	-	80,4	1,3
1987	Bundesrepublik	53,9	38,4	-	-	7,7
	Jugoslawien	30,5	40,9	25,9	-	2,7
	DDR	7,7	10,5	-	77,6	4,2
1988	Bundesrepublik	54,2	38,7	-	-	7,1
	Jugoslawien	34,8	37,8	25,0	-	2,4
	DDR	7,7	10,4	-	76,4	5,5

¹ Haushalte des gesamten Staatssektors in der Bundesrepublik Deutschland, der Gebietskörperschaften und Interessengemeinschaften in Jugoslawien und des Staates in der DDR.

träge¹⁴ etwas gesunken. Der Anteil der "anderen Beiträge", mit denen über die Interessengemeinschaften die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Straßenbau, Wasserversorgung und ähnliches finanziert werden, hat sich kaum verändert.

Den größten Teil der Abgaben der Kombinate und Betriebe an den Staatshaushalt bilden in der DDR vier Arten von Abgaben (Tabelle 6). Sie haben in diesem Land ähnliche Funktionen wie die Hauptsteuerarten in der Bundesrepublik:

Tabelle 6 - Gesamte Abgaben und Hauptarten der Kombinati- und Betriebsabgaben - vH der Staatseinnahmen der DDR

	Gesamte Abgaben	Produktionsgebundene Abgaben	Nettogewinnabführungen	Beitrag für gesellsch. Fonds	Produktions- und Handelsfondsabgabe
1980	75,4	23,8	24,3	-	11,1
1985	80,4	18,9	16,0	10,9	11,9
1987	77,6	16,5	15,0	13,1	10,9
1988	76,4	16,0	16,2	13,0	11,1

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR. - Eigene Berechnungen.

Die größte Bedeutung haben die "produktionsgebundenen Abgaben" und die "Nettogewinnabführungen". Die ersten umfassen die Differenz zwischen den Betriebspreisen (Selbstkosten plus kalkulierter Gewinn) und den sog. "Industrieabgabepreisen" (Abnahmepreis für den Groß- und Einzelhandel und alle Direktbezieher) bei den meisten industriellen Konsumgütern sowie den Genußmitteln und Dienstleistungen. Die Abgabesätze werden für die einzelnen Produkte und Produktgruppen gesondert festgelegt, ihre Größe ist unbekannt. Da die Preise in der DDR vom Staat festgelegt werden, kann man diese Abgaben als eine rudimentäre Form einer Umsatzsteuer ansehen. Während die "Nettogewinnabführungen" im Rahmen des Jahresstaatsplans in Form eines absoluten

¹⁴ Entscheidend dafür ist der relative Rückgang der Einnahmen aus den Umsatzsteuern, der wichtigsten Steuer in Jugoslawien. Die starke Wirtschaftskrise, die seit 1980 herrscht, beeinflusste die Umsatzsteuer mehr als andere Steuerquellen.

Betrags für jedes Kombinat und jeden Betrieb festgelegt werden, haben die "Produktionsfonds- und Handelsfondsabgaben die Form einer aus dem Gewinn zu zahlenden Kapitalsteuer. Im letzten Fünfjahresplan ist vorgesehen, daß jeder volkseigene Betrieb (sowie jedes Kombinat) in Industrie und Bauwirtschaft aus seinem Gewinn 6 vH des Bruttoanlage- und Umlaufvermögens in jährlichen Abgabenraten an den Staatshaushalt zahlen muß. Handelsbetriebe zahlen für die Umlaufmittel zusätzlich 3 vH (mehr darüber in "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation...", S. 554).

Der 1984 eingeführte "Beitrag für gesellschaftliche Fonds" ist eine Art Lohnsummensteuer, die Betriebe und Kombinate aus ihrem Lohnfonds zahlen. Der Steuersatz beträgt 70 vH der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter. Die Absicht, mit dieser neuen "...steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit ... die Betriebe zu einem effizienteren Arbeitskräfteinsatz" (Materialien zum Bericht zur Lage..., S. 555) zu zwingen, war eine von zahlreichen "Verbesserungen" des zentralgeleiteten Wirtschaftssystems, die nur eine neue Umverteilung früher schon (im Plan) festgelegter gesamter Summen der staatlichen Einnahmen darstellte.

Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Jugoslawien sind die Steuern die dominierende Einnahmeart der Gebietskörperschaften (Tabelle 7). Aber es gibt deutliche Unterschiede

Tabelle 7 - Anteil der Steuereinnahmen an den gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in Jugoslawien - vH

	Bundesrepublik Deutschland	Jugoslawien
1982	83,9	94,9
1984	83,8	96,9
1986	83,7	97,3
1987	84,9	97,1
1988	85,7	97,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, a.a.O.;
Statisticki, a.a.O. - Eigene Berechnungen.

bei den konkreten Steuerarten, der Festlegung der Steuersätze sowie der Einstufung der Steuerpflichtigen.

Die Steuersysteme der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawiens ähneln sich eigentlich nur darin, daß zwei Steuerarten mehr als die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen ausmachen (Tabelle 8). Der Anteil der Einnahmen aus Lohn- und Umsatzsteuer

Tabelle 8 - Steueraufkommen der Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik und Jugoslawien nach Steuerarten
- vH der gesamten Steuereinnahmen

Bundesrepublik Deutschland								
Jahr	Gemeinschaftliche Steuern			Bundessteuer	Länder- und Gemeindesteuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	
	Insgesamt	Lohnsteuer	Umsatzsteuer					Andere gem. Steuern
1982	73,4	32,6	25,8	15,0	13,1	13,5	49,9	51,1
1984	73,6	32,9	26,6	14,1	13,0	13,4	48,5	51,5
1986	73,8	33,6	24,6	15,6	12,5	13,4	50,1	49,9
1987	74,4	35,0	25,3	14,1	12,2	13,3	50,0	50,0
1988	74,3	34,3	25,3	14,7	12,1	13,6	49,8	50,2

Jugoslawien							
Jahr	Umsatzsteuer	Zölle	Lohnsteuer	Einkommensteuer	Andere Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
1982	63,8	18,6	5,7	9,2	2,7	17,6	82,4
1984	63,3	24,6	4,3	4,1	3,7	12,1	87,9
1986	57,2	22,6	6,6	9,6	4,0	20,2	79,8
1987	56,4	24,0	7,2	7,3	5,1	19,6	80,4
1988	58,6	25,9	5,2	4,3	6,0	15,5	84,5

Quelle: Finanzbericht 1990; Statisticki, a.a.O.

beträgt in der Bundesrepublik Deutschland etwas weniger als 3/5 der Gesamtsteuereinnahmen. Einen solchen Anteil erreichen in Jugoslawien allein die Einnahmen aus der Umsatzsteuer; zusammen mit den Zolleinnahmen belaufen sich die Umsatzsteuereinnahmen auf mehr als 4/5 der gesamten Steuereinnahmen. Damit haben die indirekten Steuern in Jugoslawien eine große Bedeutung. Wichtig ist zudem, daß die Sätze der Umsatzsteuer sehr unterschiedlich

für einzelne Güter sind¹⁵, daß jede Gebietskörperschaft selbst über die Umsatzsteuersätze auf einzelne Güter (auf ihrem Territorium) entscheidet (der Bund hat ein Monopol nur für einige Arten von Gütern: z.B. Mineralöle und Tabak) und daß alle Sätze der Lohn- und Einkommensteuern¹⁶ linear und nicht progressiv sind (ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik). Es ist kaum nötig zu wiederholen, daß die Republiken und Provinzen die Steuerpolitik bestimmen und daß die Steuereinnahmen fast ausschließlich für den Unterhalt der Staatsverwaltung im engeren Sinn (Verteidigung, Polizei, Regierung) verwendet werden.

Tabelle 9 - Einnahmen des Bundes nach Einnahmearten in Jugoslawien - vH der Gesamteinnahmen

Jahr	Umsatzsteuer	Zölle	Übertragungen von Republiken und Provinzen	Sonstige Einnahmen
1982	44,2	14,2	39,0	2,6
1984	42,0	22,4	33,0	2,6
1986	37,7	23,6	36,7	2,0
1987	51,1	26,2	20,7	2,0
1988	51,9	29,5	16,1	2,5

Quelle: Statisticki ... Jugoslawije. - Eigene Berechnungen.

C. Fazit

Die Ausgaben- und die Steuerpolitik sind in der Bundesrepublik Deutschland wesentliche Elemente der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Durch sie übt der Staat Einfluß auf die distributiven Prozesse aus, aber auch auf die Allokation der wirt-

¹⁵ Diese Sätze reichen für die Bundesumsatzsteuer von 0 bis 130 vH (Luxusgüter); die Sätze der Republiken- und Gemeindesteuern sind niedriger als im Falle der Güter, für die bereits eine Bundessteuer existiert.

¹⁶ Lohnsteuer wird auf die ausgezahlten Löhne, Einkommensteuer auf das Einkommen der Unternehmen erhoben. Die Steuersätze sind nicht hoch (ungefähr 10 vH); sie werden von jeder Republik bzw. Provinz selbständig für das eigene Territorium festgelegt.

schaftlichen Ressourcen. Obwohl man stets die Frage stellen kann, ob der staatliche Interventionismus zu groß oder zu gering ist, scheint es aus einer langfristigen Sicht, daß die bundesrepublikanische Kombination von Markt und staatlicher Regulierung die beste der bisher praktizierten Kombinationen ist. Der gegenwärtige Stand der deutschen Wirtschaft und das Netz der sozialen Sicherung der Bevölkerung sprechen dafür, daß dieses Land die Spitzenposition im internationalen Vergleich einnimmt.

Die schlechte Wirtschafts- und Sozialsituation der DDR und Jugoslawiens spiegelt sich im System ihrer öffentlichen Finanzen wider. Während in der DDR der Staat, der nur ein anderer Name für die Machtorganisation der Parteiführung war, durch das Planungssystem alles kontrollierte und deswegen kein ausgebautes Staatseinnahmensystem brauchte, kontrollierte in Jugoslawien der Staat, der hier in "kleine Staaten" aufgeteilt ist (die ebenfalls die Machtorganisationen ihrer lokalen Parteiführung darstellen), mit öffentlichen Mitteln nichts; er brauchte damit kein ausgebautes System der öffentlichen Finanzen. Während die DDR-Führung auf alle marktwirtschaftlichen Kategorien (vor allem auf den Markt selbst) verzichtet hatte, versuchte die jugoslawische geteilte Führung, eine besondere "sozialistische Marktwirtschaft" zu schaffen. Diese "Marktwirtschaft" hatte die "Besonderheit", daß kein Unternehmen schlechte Marktergebnisse zu befürchten brauchte. Der Staat besaß ein Steuersystem, wie es im Mittelalter üblich war: Zölle und Umsatzsteuer waren die wichtigsten Steuern.

Die beiden unterschiedlichen "sozialistischen Modelle" haben im Laufe der Zeit zwei gleiche Ergebnisse produziert. Der Vergleich der Wirtschafts- und Sozialentwicklung mit der in den "nichtsozialistischen" europäischen Staaten fiel immer ungünstiger aus. Das Herrschaftsmonopol der Parteiführung blieb unberührt. Der Aufbau eines modernen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und damit auch einer modernen öffentlichen Wirtschaft muß daher in allen bisher "sozialistischen" Ländern begonnen werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- BUSCH, A., GROSS, A., LAASER, C.F., SOLTWEDEL, R., "Deregulierungspotentiale in der Bundesrepublik". Kieler Studien, 202, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Tübingen 1986.
- Direktive des XI. Parteitages zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990. Dietz Verlag, Berlin (O), 1986.
- DONGES, J.B., SCHATZ, K.-W., "Staatliche Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland. Umfang, Struktur, Wirkungen." Kieler Diskussionsbeiträge, 119/120, Kiel 1986.
- FINANZBERICHT 1990, Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1989.
- GESETZ ÜBER ASSOZIIERTE ARBEIT (deutsche Übersetzung), Informationssekretariat des Parlaments der SFR Jugoslawien, Beograd 1977.
- GESETZ ZUR FÖRDERUNG DER STABILITÄT UND DES WACHSTUMS DER WIRTSCHAFT, Bundesgesetzblatt, 1967.
- GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, Bonn 1949.
- GUTOWSKI, A., MERKLEIN, R., "Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung". Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Hamburg 1985.
- KARDELJ, E., "Das Wesen der Selbstverwaltung - Organisation vereinter Arbeit." Sozialistische Theorie und Praxis, 2/1975, Beograd 1975, S. 3-49.
- , "Die Wege der Demokratie in der Sozialistischen Gesellschaft." Ins Deutsche übersetzt von Z. Jovanovic, Köln, Frankfurt/M., Europ. Verlag Aust. 1979 (Orig. "Putevi demokratije u socijalistickan ...", Beograd 1977).
- LAMPERT, H., BOSSERT, A., "Die soziale Marktwirtschaft - eine theoretisch unzulänglich fundierte ordnungspolitische Konzeption." Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hamburg 1987.
- Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Bundesregierung, Bonn 1987.
- USTAV SFRJ (Verfassung von SFRJ), Beograd 1974.
- STATISTICKI GODISNJAK SFR JUGOSLAVIJE, Savezni zavod za statistiku, Beograd.
- STATISTISCHES BUNDESAMT, Fachserie 18, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1950 bis 1988, Bonn 1989.

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik,
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (O),
laufende Jahrgänge.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, 7. Auflage,
Berlin (O), 1985.